

Bananenkonzern unterstützte Paramilitärs



Einkaufsregal mit Bananen (Quelle: dpa)

Der weltgrößte Bananenproduzent Chiquita Brands International muss wegen illegaler Schutzgeldzahlungen an paramilitärische links- und rechtsgerichtete Gruppen in Kolumbien eine Strafe von 25 Millionen Dollar zahlen.

Das US-Justizministerium hatte dem Unternehmen die Verletzung von Anti-Terrorgesetzen vorgeworfen. Nach einem Vergleich mit dem Ministerium muss der Bananenkonzern jetzt umgerechnet 18,9 Millionen Euro zahlen.

Nach Angaben des Justizministeriums sind zwischen 1997 und 2004 - mit Kenntnis der Firmenzentrale in Cincinnati (Ohio) - mehr als 1,7 Millionen Dollar an die berüchtigten "Einheiten zur Selbstverteidigung Kolumbiens" (AUC) geflossen. Die AUC hatte zuvor damit gedroht, dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern Schaden zuzufügen. Die US-Regierung hatte die berüchtigte paramilitärische Organisation, die weite Teile der karibischen Küstenregion kontrolliert und für zahlreiche Massaker verantwortlich ist, im Jahr 2001 als Terrorgruppe eingestuft. Finanzielle Geschäfte mit Terrorgruppen sind in den USA verboten.

Die Zahlungen an die AUC seien "spätestens seit September 2000" mit dem Wissen ranghoher Manager erfolgt, erklärten US-Staatsanwälte. Zuvor hätten auch die Guerillagruppen FARC und ELN Geld von Chiquita erhalten.

Freiwillige Meldung an Ministerium



Bildunterschrift: Großansicht des Bildes mit der Bildunterschrift:

Kämpfer der AUC, die von Chiquita Geld erhielt

Wie Chiquita am Mittwoch (14.3.2007) bekannt gab, waren die Zahlungen durch eine ehemalige Bananenproduktions-Tochterfirma in Kolumbien geleistet worden. Sie seien erfolgt, um das Leben der Mitarbeiter zu schützen, erklärte Chiquita-Konzernchef Fernando Aguirre. Im Februar 2003 habe ein Firmenanwalt den Verantwortlichen deutlich gemacht, dass dieser Geldtransfer illegal sei, heißt es in den Gerichtsakten. Zwei Monate später hätten Konzernvertreter das US-Justizministerium von den Zahlungen unterrichtet. Die Zahlungen seien dennoch erst Monate später eingestellt worden. Die Gesellschaft betont, sie habe bei der weiteren Untersuchung des Ministeriums kooperiert.

Der Vergleich muss jetzt nach Angaben von Chiquita noch vom Bundesbezirksgericht in Washington genehmigt werden. Die Strafe solle in fünf Jahresraten gezahlt werden. Chiquita

habe 2006 in Erwartung einer Vereinbarung bereits Rückstellungen für den vollen Betrag vorgenommen und erwarte keine operativen geschäftlichen Auswirkungen. Chiquita hat einen Jahresumsatz von 4,5 Milliarden Dollar und beschäftigt 25.000 Mitarbeiter in mehr als 70 Ländern.

Auch andere US-Firmen im Visier

Im Juni 2004 verkaufte Chiquita seine Firmen in Kolumbien. Gegen Coca-Cola und den Bergbaukonzern Drummond sind in den USA ebenfalls Verfahren anhängig, in denen ihnen die Unterstützung kolumbianischer Milizen vorgehalten wird. Die Paramilitärs sind eng mit zahlreichen kolumbianischen Politikern und der Drogenmafia verzahnt. Der Skandal um die so genannte Parapolitik beherrscht derzeit die Debatten in dem südamerikanischen Land. (rri)

sueddeutsche.de

Ressort: Wirtschaft

URL: /wirtschaft/artikel/764/105659/article.html

Datum und Zeit: 17.03.2007 – 15:40

15.03.2007 11:15 Uhr

[Drucken](#) | [Versenden](#) | [Kontakt](#)